

Spital gibt sich ein neues Gesicht

Auch im letzten Jahr in dieser Rechtsform schliesst das Kantonsspital Nidwalden – nach verhaltenem Start – mit einem Gewinn ab.

Matthias Piazza

Das Kantonsspital Nidwalden hat im Geschäftsjahr 2020 einen Gewinn von 4,75 Millionen Franken erwirtschaftet. Das sind rund 200 000 Franken weniger als im Jahr zuvor. Das Betriebsergebnis vor Abschreibungen und Zinsen ging um 165 000 auf 8,32 Millionen Franken zurück, wie das Kantonsspital Nidwalden am Freitag in einer Medienmitteilung bekannt gab.

Spitaldirektor Urs Baumberger spricht von einem überraschend positiven Ergebnis, auch was die Ebitda-Marge betrifft, eine wichtige Kennzahl bei Spitalern. Diese lag im vergangenen Jahr mit 10,4 Prozent um nur 0,1 Prozentpunkte niedriger als 2019. Das bedeutet, dass im vergangenen Jahr der Gewinn vor Abschreibungen und Zinsen 10,4 Prozent des Betriebsertrages ausmachte. Dies sei klar über dem schweizweiten Durchschnitt.

Umsatzeinbussen und Mehrkosten

«Im Frühling vergangenen Jahres waren die Aussichten düster, als wir wegen Corona zwischen dem 17. März und dem 26. April auf alle nicht dringlichen Operationen verzichten mussten, was für 2020 einen Patientenzugang gegenüber dem Vorjahr bewirkte.» Neben den Umsatzeinbussen kamen Mehrkosten auf das Spital zu. Masken und weiteres Schutzmaterial mussten beschafft werden. Gegen Ende Jahr habe sich aber abgezeichnet, dass man auch finanziell gut durch das Coronajahr kommen werde. Dazu habe nicht nur die gute Auslastung beigetragen. Ende Jahr konnten auch wieder komplexe Wahleingriffe, etwa schwierige Baucheingriffe, durchgeführt werden, welche zuvor verschoben wurden. Das seien ausgesuchte Patienten gewesen mit geringem Risiko, um weiterhin die Intensivstation zu schonen.

Ein Faktor sei, dass bei Wahleingriffen der Anteil der komplexen Operationen gestiegen sei. Und daran verdiene ein Spital



Mit dem Namen ändert auch das Logo, das im Grossformat an der Aussenfassade des Spitals Nidwalden montiert wird.

Bild: Urs Hanhart (Stans, 6. Mai 2021)

mehr. «Der Grund für das Phänomen, das auch andere Spitäler beobachten, kennt man nicht genau. Eine Erklärung ist, dass wegen Corona die Leute einfache und nicht so dringliche Operationen auf 2021 verschoben.»

4904 Patienten wurden im 90-Betten-Spital behandelt, 5,8 Prozent weniger als 2019. Glücklicherweise habe man bei der Privatstation zulegen können. Rund jeder vierte Patient sei Zusatzversichert gewesen. «Solche Patienten tragen massgeblich zu einem guten Geschäftsabschluss bei.» Auch die Geburtenabteilung konnte zahlenmässig zulegen. 627 Babys erblickten in einem der drei Gebärsäle 2020 das Licht der Welt – das ist ein Rekord.

Im Kantonsspital Nidwalden werden auch Intensivpatienten aus Engelberg und dem Sarneraatal behandelt, weil das Kantonsspital Obwalden keine eige-

ne Intensivstation hat. Dies habe dazu geführt, dass zeitweise kaum eine Intensivstation in der Schweiz so gut ausgelastet gewesen sei wie diejenige in Stans. Bis zu drei beatmete Covid-Patienten wurden gleichzeitig auf der Intensivstation mit gesamthaft sechs Betten behandelt, was dem Spital weitere Einnahmen beschert hätte. Dank der guten Zusammenarbeit mit anderen Spitälern, insbesondere mit dem Luzerner Kantonsspital, erhielten alle Patienten einen Intensivpflegeplatz, die einen brauchten.

Hohe Dauerbelastung wegen Corona

Trotz des guten Abschlusses spricht Urs Baumberger von einem schwierigen Jahr. «Je nach Abteilung waren unsere Mitarbeiter wegen Corona einer hohen Dauerbelastung ausgesetzt. Zur hohen Arbeitslast gesellte sich auch die psychische Belas-

tung. Bei der ersten Welle hatte man noch wenig Erfahrung und grossen Respekt vor dem Virus.» Ansteckungen im Spital habe es dank der Schutzmassnahmen nur sehr wenige gegeben. «Aber Mitarbeiter fielen aus, weil sie in Quarantäne mussten.»

Auf das laufende Geschäftsjahr blickt er verhalten optimistisch. «Wir haben nun viel mehr Erfahrung mit dem Virus. Auch zeichnet sich mit der fortschreitenden Impfung ein Silberstreifen am Horizont ab.»

Kantonsspital heisst neu Spital Nidwalden AG

2020 war das letzte Geschäftsjahr des Kantonsspitals Nidwalden. Rückwirkend auf Anfang dieses Jahres wird es als Spital Nidwalden AG zu einem Tochterunternehmen der Luzerner Kantonsspital AG. 40 Prozent des Aktienkapitals gehören weiterhin dem Kanton Nidwalden.

Von der neuen Aktiengesellschaft ausgenommen sind die Immobilien des Spitals in Stans. Diese bleiben zu 100 Prozent im Besitz des Kantons Nidwalden und wurden bereits per Anfang Jahr der Spital-Nidwalden-Immobilien-Gesellschaft übertragen, welche die Spitalgebäude in Stans bewirtschaftet und unterhält. Urs Baumberger streicht die Vorteile von Synergieeffekten dieser Heirat hervor. «Wir können im Verbund bessere Einkaufskonditionen aushandeln, uns bei Schulungen gegenseitig unterstützen und uns Spezialisten teilen», macht er Beispiele. Auch soll der Spitalverbund untereinander und mit Zuweisern (beispielsweise Hausärzten) und Patienten digital vernetzt werden.

Das Luzerner Kantonsspital (Luks) machte im vergangenen Jahr einen Verlust von 53,2 Millionen Franken. «Die Pandemie

hinterlässt tiefe Spuren und führt finanziell zu einem erheblichen Einbruch», sagte dazu Luks-CEO Benno Fuchs. Wegen des Operationsverbots für Wahleingriffe und vieler Covid-19-Fälle im Herbst seien mehrere hundert Eingriffe verschoben worden. Zudem habe der Betriebsaufwand Covid-bedingt zugenommen.

Müsste das gut wirtschaftende kleine Nidwaldner Spital in solchen Fällen künftig die grosse Luzerner Schwester unterstützen? Urs Baumberger verneint. «Das Spital Nidwalden und das Luzerner Kantonsspital sind zwei eigene Aktiengesellschaften mit zwei separaten Erfolgsrechnungen. Um es im Bild der Ehe zu sagen: Die zwei Ehepartner haben einen Ehevertrag abgeschlossen, der festlegt, dass jeder sein Vermögen und sein Einkommen behält.»

Nationalrat verzichtet auf Stärkung der Kantone

Die grosse Kammer ist gegen ein zwingendes Referendum für «Staatsverträge von Verfassungsrang» – nicht so die hiesigen Vertreter.

Volksinitiativen und Verfassungsänderungen werden in der Schweiz nur angenommen, wenn eine Mehrheit des Volks und der Stände Ja sagen. Dies gilt aber nicht für wichtige internationale Abkommen. Hier muss jeweils das Referendum aktiv eingefordert werden – wie dies etwa jüngst beim Freihandelsabkommen mit Indonesien der Fall war.

Diese Woche hat der Nationalrat nun über einen Vorstoss von Ständerat Andrea Caroni (FDP, AR) befunden, «Staatsverträge von Verfassungsrang» dem obligatorischen Referendum mit

doppeltem Mehr zu unterstellen. Nachdem der Ständerat dies im Herbst unterstützte (auch Erich Ettlin und Hans Wicky sagten im Erstrat Ja), hat sich nun der Nationalrat dagegen entschieden: Mit 140 zu 50 Stimmen war er gegen Eintreten. Der Nationalrat folgte somit dem Antrag von SVP-Nationalrat und Rechtsprofessor Hans-Ueli Vogt. Für Eintreten waren vor allem Mitglieder von Vogts Partei, der SVP.

Auch die beiden Vertreter von Ob- und Nidwalden im Nationalrat waren für Eintreten. Denn für sie stellt das Anliegen eine Stärkung der Stände und so-

mit auch der kleinen Kantone dar. «Wichtige Fragen unseres Zusammenlebens brauchen die Zustimmung der Bevölkerung und der Stände», sagt Peter Keller (SVP, Nidwalden). «Gerade kleinere Kantone wie Nidwalden würden mit dem zwingenden Staatsreferendum gestärkt und damit auch geschützt.» Dies sieht auch Monika Rüegger so.

Gerade Kleinere würden gestärkt

Als Hauptargumente für diese Haltung führt Keller denn auch die Mitsprache des Volks und die Stärkung kleinerer Kantone und

Sprachminderheiten an. «Unsere Bundesverwaltung ist immer mehr getrieben von internationalen Verträgen», gibt Keller zu bedenken. «Rund 60 Prozent unserer neuen Regulierungen kommen aus dem Ausland – ohne dass die Bevölkerung sich wirklich dagegen wehren kann.»

Doch weshalb hat sich fast die gesamte SVP-Fraktion gegen die Haltung von Hans-Ueli Vogt gestellt? «Hans-Ueli Vogt ist ein brillanter Jurist. Wir haben die politische Seite mehr gewichtet», erklärt Keller. Was besonders stossend sei: «Viele der internationalen Verträge neh-

men keine Rücksicht auf unseren Föderalismus.» Das habe man bei der Steuervorlage gesehen. «Der Druck kam aus dem Ausland. Am Schluss mussten die Kantone ihre Steuergesetze anpassen. Diese Tendenz müssen wir stoppen.»

«Quadratur des Kreises»

Die Gegenseite hatte argumentiert, dass wichtige Verträge heute schon zwingend dem Volk vorgelegt würden – so etwa ein Nato- oder EU-Beitritt. Auch könne jederzeit ein Referendum ergriffen werden. Zudem sei die

Grenze zu den im Vorstoss genannten Verträgen sehr schwer zu ziehen, war doch gar von der Quadratur des Kreises die Rede.

Für diese Argumente hat Keller jedoch kein Verständnis. «Die linksgrünen Parteien und die FDP wollen sogar ein Rahmenabkommen mit der EU, wo wir automatisch EU-Recht übernehmen müssten und die Gegenpartei den Schiedsrichter (EU-Gerichtshof) stellt. Damit hätte das Volk überhaupt nichts mehr zu sagen», glaubt der Nidwaldner Nationalrat.

Florian Arnold